



BUNDESVORSTAND

Präambel zu **Reform-** **konzepten** beschlossen

Präsidium und Bundesvorstand haben in Berlin eine Präambel zum Antrag „Deutschland fair ändern“ beschlossen.

„Diese Präambel verknüpft die Reformkonzepte, die dem Parteitag in Leipzig Anfang Dezember vorlie-

gen werden, aufs Engste mit den Grundwerten der CDU“, so die CDU-Vorsitzende Angela Merkel. In der CDU sei man sich darüber einig, dass Deutschland am Scheideweg stehe und jetzt „entschlossene Schritte“ notwendig *Fortsetzung Seite 3*

INHALT

CDU UND CDA:

Sozialausgleich wird
präzisiert
SEITE 2

LAURENZ MEYER:

Bochum – Parteitag der
Zerissenheit
SEITE 4

INTERVIEW

Christoph Böhr zur
Wertekommission
SEITE 7

Steuerfinanzierter Sozialausgleich wird präzisiert

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Hermann-Josef Arentz, haben sich auf Änderungen an den Vorschlägen der Herzog-Kommission verständigt.

„Der steuerfinanzierte Sozialausgleich für die Reform des Gesundheitswesens ist nun präziser formuliert“, sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende. Außerdem würden Familien in der Rentenversicherung stärker entlastet als bislang vorgesehen.

Der CDA-Vorsitzende Arentz betonte, der Arbeitnehmerflügel habe sich vor allem für eine Besserstellung der Familien eingesetzt und sich damit klar gegen jeden „demografischen Fatalismus“ positioniert. Familien, die den im Merz-Konzept vorgesehenen steuerlichen Kinderfreibetrag in Höhe von 8000 Euro nicht ausschöpfen können, sollen einen monatlichen Ausgleich

in Höhe von 240 Euro pro Kind erhalten.

Weiter ist vorgesehen, die Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung zu verdoppeln und einen Zuschuss zu den Rentenbeiträgen von 50 Euro pro Kind und Monat zu zahlen. Damit würden viele Frauen, die Kinder erzogen haben, mit „normalen Arbeitnehmern gleichziehen“, so Angela Merkel. Bei der Pflegeversicherung sollen Familien monatlich um 10 Euro entlastet werden. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch den Aufbau eines flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Ganztagsbetreuungsangebots für Kinder aller Altersgruppen. Dadurch soll eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht werden. Außerdem will die CDU mit einem Um-



stieg auf eine solidarische Gesundheitsprämie „unverzüglich“ und nicht erst im Jahr 2013 beginnen. Anders als im Herzog-Papier vorgeschlagen, wird wegen des zeitnahen Umstiegs die Prämie nun 200 Euro betragen statt der bislang geplanten 264 Euro. Dieser Betrag kommt unter anderem zustande, weil die Krankenversicherung für Kinder über Steuern finanziert werden soll. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass für Geringverdiener und Familien der soziale Ausgleich direkt zwischen Finanzamt und Krankenkasse erfolgt.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhofstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdi.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.muermann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

seien, um das Land wieder nach vorne zu bringen.

Fraktionsausschluss

Als eine Schlussfolgerung aus der Diskussion um den Fraktionsausschluss von Martin Hohmann kündigte die CDU-Vorsitzende eine Patriotismus-Debatte an. Im 21. Jahrhundert müsse Deutschland neue Antworten auf die Herausforderungen in der Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik finden. Auf diese Politikbereiche könne die Diskussion aber nicht begrenzt werden, sie müsse vielmehr auch in Bezug auf das nationale Selbstverständnis Deutschlands in einem vereinigten Europa und in einer globali-

sierten Welt geführt werden. Dieser notwendigen Debatte werde sich die CDU nicht entziehen, erklärte Angela Merkel.

Vermittlungsausschuss

Mit Blick auf den Vermittlungsausschuss haben Präsidium und Bundesvorstand die Verhandlungslinie der Union bekräftigt. In den Führungsgremien der CDU sei man sich darüber einig, dass Deutschland nur dann wieder in die Spitzengruppe aufrücken werde, wenn es zu den notwendigen Reformen auf dem Arbeitsmarkt, sowie der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe komme. Hierzu habe die Union die entsprechenden Gesetzespakete vorge-

legt. Da die SPD an einer höheren Neuverschuldung festhalte, könne heute noch keine Aussage darüber getroffen werden, ob es zu einem Vorziehen der Steuerreform komme.

CDU-Generalsekretär Meyer begrüßte grundsätzlich das von der CSU verabschiedete Rentenreformkonzept. Kritisch merkte er jedoch an, dass die Begrenzung des Beitragssatzes auf 20 Prozent „sehr schnell zu sozial unerträglichen Ergebnissen“ bei der späteren Rentenhöhe führe. Außerdem sprach sich der Generalsekretär erneut für eine Finanzierung des Sozial- und des Familienlastenausgleichs aus Steuermitteln aus. Ansonsten würden hohe Einkommen weiterhin nichts zu diesem Ausgleich beitragen.

BÜRGERVERSICHERUNG KOSTET ARBEITSPLÄTZE

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat in seinem Jahreshutachten für 2003/04 festgehalten, dass die Bürgerversicherung keine Wachstumseffekte auf dem Arbeitsmarkt bewirken werde.

Im Gegenteil. Der Sachverständigenrat kommt zu dem klaren Ergebnis: „Eine Bürgerversicherung ist mit

einem deutlichen Beschäftigungsrückgang von bis zu 3,0 vH verbunden“. In absoluten Zahlen bedeutet das den Verlust von weiteren 1,25 Millionen Arbeitsplätzen. Sollte jedoch ein Gesundheitsprämienmodell eingeführt werden, gehen die Wirtschaftswissenschaftler von einer „Beschäftigungszunahme zwischen 2,4 vH und 3,6 vH“

aus. Allein die Einführung des Prämienmodells der CDU würde also bis zu 1,4 Millionen neue Jobs zur Folge haben. Damit zeigt die CDU, dass sie mit ihrem Herzog-Konzept den Reformhebel an der richtigen Stelle ansetzt, indem sie beispielsweise die Krankheitskosten konsequent von den Arbeitskosten entkoppelt.

Bochum – Parteitag der **Zerissenheit**

Der Bochumer SPD-Parteitag der Zerrissenheit bietet nur ein Signal: Mit den Botschaften Erbschaftsteuer und Arbeitsplatzabgabe zerschlägt der Kanzler die letzten Hoffnungen auf eine wachstumsorientierte Politik – und dies nur, um sich selbst über den Parteitag zu retten.

Ohne Erfolg: Das Abstrafen von Clement und Scholz gilt dem Kanzler selbst. Und auch dessen eigenes mageres Ergebnis zeigt: Schröder hat es nicht einmal verstanden, die Partei bei seinen bescheidenen Reformen mitzunehmen.

Der Hohn schlechthin ist, dass der Kanzler der gebrochenen Wahlversprechen seine Parteitagsrede unter

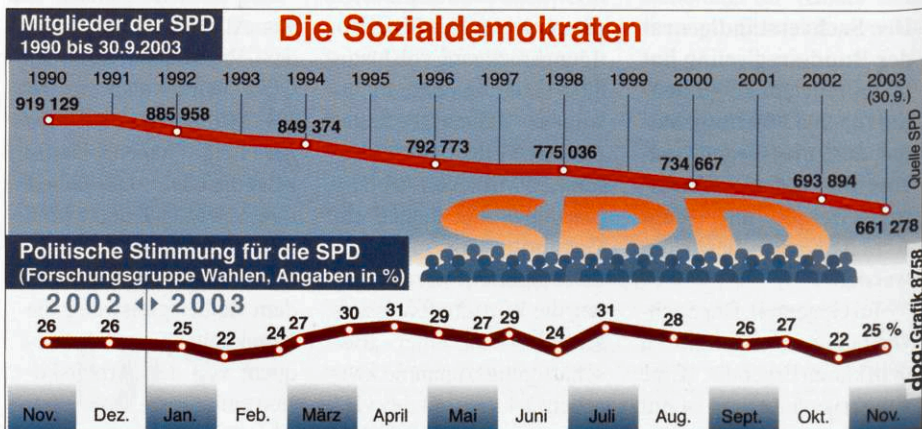
das Motto „Mut zur Wahrheit“ stellt. Denn ob Wirtschaftspolitik oder Wahlergebnisse – für Schröder sind immer nur die anderen schuld. „Mut zur Wahrheit“ sollte Schröder in erster Linie selbst aufbringen, statt unter Drohungen und Beleidigungen die Realität zu verdrängen. Denn mit diesem Politikstil macht Schröder nicht nur seine Partei fertig, sondern auch das Land.

Die SPD nimmt zudem mutwillig den Verlust von über einer Million Arbeitsplätzen in Kauf, nur um die Parteiaktivisten zufrieden zu stellen. Dass Schröder auf die ökonomisch wie sozialpolitisch vollkommen unsinnige Bürgerversicherung setzt, zeigt: Wieder einmal handelt

Schröder nach der Devise „Erst die Partei und dann das Land“.

Und das, obwohl der Sachverständigenrat dem Kanzler noch vor Tagen klare Aussagen ins Stammbuch geschrieben hat: Die Bürgerversicherung führt zum Verlust von 1,25 Millionen Arbeitsplätzen, das Gesundheitsprämienmodell der CDU dagegen schafft bis zu 1,4 Millionen neue Jobs – so hat es der Sachverständigenrat in seinem Gutachten festgestellt.

All dies zeigt: Auf dem chaotischen Parteitag der Zerrissenheit ist die tief zerstrittene SPD in erster Linie mit sich selbst beschäftigt. Wirtschaftspolitischer Sachverstand spielt bei diesen Sozialdemokraten keine Rolle.



Unseriös und **perspektivlos**

Der Entwurf des Haushalts 2004 „ist unseriös und zeigt keine Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung auf“, so der CDU-Haushaltsexperte Dietrich Austermann.

Daher fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Beratungen zum Bundeshaushalt 2004 auszusetzen, bis die haushaltsrelevanten Gesetze von Bundestag und Bundesrat beschlossen worden sind, die Bundesregierung den Haushaltsentwurf entsprechend überarbeitet und bei den großen Ansätzen (Steuern, Arbeitsmarkt) realistische Zahlen vorgelegt hat. „Schröder und Eichel und die rot-grüne Koalition im Haushaltsausschuss verschieben im atemberaubenden Tempo milliardenschwere Haushaltspositionen. Wenn das eine seriöse Maßnahme ist, warum war sie dann nicht schon Bestandteil der Regierungsentwurfs?“, fragt Austermann.

Das Haushaltsbegleitgesetz mit dem Vorziehen der 3. Stufe der Steuerreform, das Steuervergünstigungsabbaugesetz, die Gemeindefinanzreform, die Tabaksteuer sowie das Gesetz zur Zusammenlegung von Ar-



beitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) sind mit erheblichen finanziellen Auswirkungen für den Bundeshaushalt verbunden. Alle diese Gesetzentwürfe befinden sich im Vermittlungsausschuss, der Ausgang ist völlig offen. Damit stehen auch erhebliche finanzielle Auswirkungen nicht fest.

Wesentliche Haushaltsschwerpunkte falsch gesetzt:

■ Rot-Grün hat durch eine jahrelange wirtschafts- und wachstumsfeindliche Politik die finanziellen Gestaltungsspielräume des Staates derart eingengt, dass eine zukunftsorientierte Politik zum Wohle unserer Gesellschaft nicht mehr möglich ist. Wir brauchen einen Politikwechsel für Deutschland. Umfassende Reformen

des Arbeitsmarktes, Neube-gründung der sozialen Sicherungssysteme, eine umfassende Vereinfachung des Steuersystems und eine umfassende Entbürokratisierung sind Kernelemente dieses Politikwechsels.

■ Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist der Haushalt des Bundes bereits im ursprünglichen Regierungsentwurf verfassungswidrig. Mit 30,8 Milliarden Euro überschreitet die geplante Neuverschuldung die Investitionsausgaben um rund 6 Milliarden Euro. Weitere erhebliche Risiken sind offenkundig.

■ Bereits heute steht fest, dass auch 2004 die 3%-Defizit-Grenze des Maastricht-Vertrages überschritten wird, zum dritten Mal in Folge. Die andauernde Verletzung des Europäischen Stabilitätspaktes ist insbesondere auf die überbordende Neuverschuldung des Bundes zurückzuführen.

■ Der Bundeshaushalt 2004 ist – auch ohne die vorgezogene Steuerreform – mit erheblichen Risiken behaftet. Sie ergeben sich aus falschen gesamtwirtschaftlichen Annahmen, zu optimistischen Ansätzen bei den

Steuereinnahmen und den Arbeitsmarktausgaben sowie unsicheren, aber dennoch unterstellten Bundesratsentscheidungen zu mehreren großen Einnahme- und Ausgabepositionen. Damit verstößt der Entwurf gegen die Haushaltsgrundsätze von Wahrheit und Vollständigkeit. Gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit wird die wahre Haushalts- und Finanzlage zum Zeitpunkt der Budgetaufstellung verschleiert. Die Risiken im Haushalt 2004 belaufen sich auf insgesamt rund 20 Milliarden Euro.

■ Die nach der letzten Steuerschätzung zusätzlich zu berücksichtigenden Steuermindereinnahmen von fast 5 Milliarden Euro sollen durch weitere Platzhaltergeschäfte des Bundes mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Privatisierung von Anteilen des Bundes bei der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Post AG finanziert werden. Das ist nichts anderes als eine teure und risikoreiche verdeckte Kreditaufnahme, wie es der Bundesrechnungshof gerade in einem Gutachten festgestellt hat. Zudem verschleudert der Bundesfinanzminister damit zum Stopfen von Haushaltslöchern die Reserven des Bundes unter Wert.

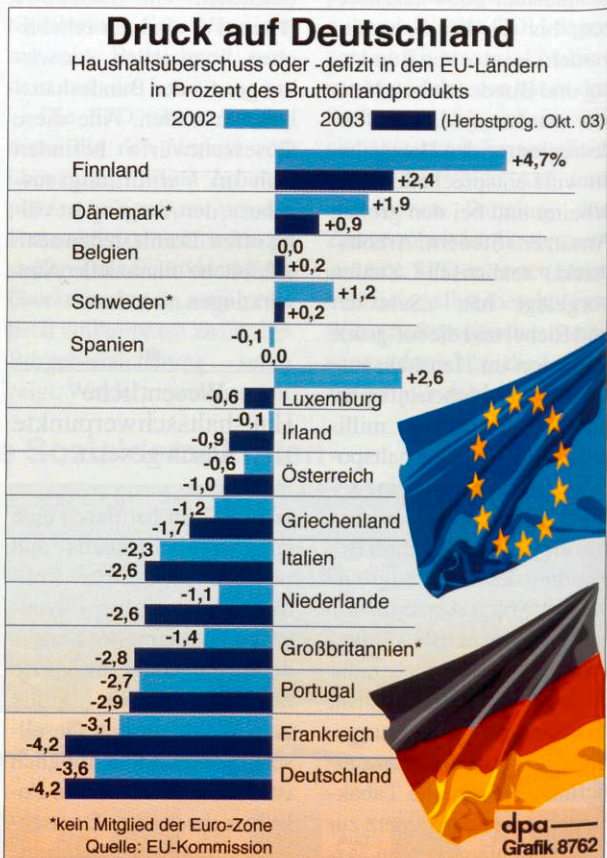
DEFIZITGRENZE

EU droht mit Sanktionen

Mit der Androhung harter Sanktionen gegen Defizitsünder haben die europäischen Regierungschefs ihre Bürger vor ein paar Jahren noch vom „Ja zum Euro“ überzeugt – nicht zuletzt auf Drängen

von Deutschland. Unter Rot-Grün ist ein einstiger Musterschüler nun selbst zum Problemkind geworden.

EU-Währungskommissar Pedro Solbes gehen Eichels Sparbemühungen nicht weit genug. Um 2005 auf der sicheren Seite zu sein, beschloss die Kommission daher für dieses und das nächste Jahr Sanktionen.



„Soziales Netz auf Globalisierung einstellen“

Eine deutsche Ausnahme gelte nicht, so Solbes: „Wir sind eine Rechtsgemeinschaft, der Pakt ist für alle gleich.“ Insgesamt verlangt Solbes von Deutschland Einsparungen in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Das entspricht rund 18 Milliarden Euro.

Im Kern geht es um die Frage, ob sich Deutschland und Frankreich auch im dritten Jahr in Folge eine Neuverschuldung von über drei Prozent ihres BIP leisten dürfen, ohne von den anderen Mitgliedern der Währungsgemeinschaft ernsthafte Konsequenzen fürchten zu müssen. Hohe Schulden über einen langen Zeitraum schwächen den Euro und werten ihn ab. Zudem können die Aufwendungen für Zinsen die Handlungsfähigkeit der einzelnen Staaten in Gefahr bringen.

Doch genau vor dieser Gefahr warnen die kleineren, sparsameren Euroländer wie die Niederlande, Österreich und Finnland. Sie verlangen von EU-Kommissar Solbes die Rolle des harten, unbeugsamen Lord-siegelbewahrers des Paktes und drohten der Kommission mit Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof, falls diese passiv bleiben sollte.

Christoph Böhr ist Stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands und Vorsitzender der Wertekommission sowie Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz. Die Redaktion des UID hat mit ihm über das neue Diskussionspapier der CDU-Wertekommission zur Globalisierung gesprochen.

UID Herr Dr. Böhr, warum stellen Sie gerade jetzt die Globalisierung in ihren Herausforderungen an die politische Handlungsfähigkeit zur Diskussion?

Das Wort Globalisierung ist in aller Munde. Weltweit vernetzen sich Unternehmen, werden Standorte neu gesucht und aufgegeben, neue Formen der Zusammenarbeit bilden sich Tag für Tag heraus. Wir haben ein Kommunikationsnetz über den ganzen Globus gelegt. Das gibt vielen Menschen ungeahnte Chancen – andere Gruppen haben Angst. Weltweit haben sich Globalisierungskritiker zusammengeschlossen, weil Menschen sich fremdbestimmt fühlen. Über die Zukunft der Arbeitsplätze in ei-



nem Unternehmen wird nicht selten in Tokio oder Colorado das letzte Wort gesprochen. Um so mehr muss die Politik versuchen, diesen Prozess zu begleiten und zu ordnen.

UID Bedeutet das, die Nationalstaaten sollen in Zukunft Teile ihrer Entscheidungshoheit abgeben?

Nein, im Gegenteil. Die Globalisierung ist in erster Linie eine ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe der Nationalstaaten. Ihre Verantwortung für innere, äußere und soziale Sicherheit bleibt bestehen, auch wenn in demokratisch legitimierten Zusammenschlüssen von Staaten wie der EU und den Vereinten Nationen gemeinsame Entscheidungen getroffen werden können.

UID Kritiker heben insbesondere die negativen wirtschaft-

lichen, sozialen und ökologischen Folgen der Globalisierung hervor. Wie kann sie sich dennoch positiv für die Menschen entwickeln?

Deutschland muss sich noch viel stärker als bisher die Frage stellen, unter welchen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen eine Globalisierung für Deutschland gelingen kann. Die CDU stützt ihr Konzept auf tragfähige und erfolgreiche Fundamente, nämlich das christliche Menschenbild und die Soziale Marktwirtschaft. Wir müssen der Globalisierung eine Ordnung geben, die Soziale Marktwirtschaft, die Wohlstand bringt, zum weltweiten Ordnungsrahmen machen. Voraussetzung für eine solche Entwicklung ist eine kulturübergreifende Verständigung über unsere gemeinsame weltweite Verantwortung.

UD *Globalisierung bedeutet einen Verlust an Bindungen, bedeutet sie auch einen Verlust an sozialer Verantwortung?*

Die CDU will globale Märkte, will vielfältige Entscheidungsmöglichkeiten, große Handlungsspielräume für die Wirtschaft – aber sie will vor allem auch Gerechtigkeit. Natürlich kann Glo-

balisierung auch zu wirtschaftlichen Härten führen, natürlich wird der Unternehmer seine Produktion ins Ausland verlagern, wenn er dort billiger produzieren kann. Die Herausforderung an die Politik ist in diesem Zusammenhang, wirtschaftlichen Härten mit sozialer und menschlicher Verantwortung zu begegnen. Das heißt konkret: Wir müssen auch unsere Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten und unser soziales Netz auf die Globalisierung einstellen.

UD *Globalisierung ist ja ein umfassendes Phänomen, das nicht nur die Wirtschaft, sondern vor allem auch die Medien und die individuellen Lebensstile erfasst hat. Verlieren wir unsere kulturelle Eigenheit?*

Diese Entwicklung ist unter anderem angesichts

des Booms in den Unterhaltungs- und Lifestyle-Industrien nicht außer Acht zu lassen, wir müssen sie jedoch als Chance begreifen. Als Chance in zweifacher Hinsicht: Einerseits können wir direkt oder medial vermittelt anderen Kulturen begegnen, andererseits sind wir herausgefordert, unsere eigene Kultur in der Auseinandersetzung mit anderen Kulturen neu zu erschließen. Die große Herausforderung an die Politik ist die Sicherung des kulturellen Erbes, die Festigung regionaler und lokaler Kultur, die dem menschlichen Bedürfnis nach Heimat und Identität Rechnung trägt. Heimat und Geborgenheit entstehen in kleinen Gemeinschaften, deshalb verdienen Ehe und Familie auch in der globalisierten Welt besonderen Schutz.

DR. HAUSMANN SCHEIDET AUS DEM AMT

Der langjährige CDU-Bundesgeschäftsführer, Dr. Willi Hausmann, scheidet zum 30. November auf eigenen Wunsch aus seinem Amt aus. Dies gab CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer nach der Sitzung von Präsidium und Bundesvorstand bekannt. Dr. Hausmann hat seit Januar 1999 in

der CDU-Bundesgeschäftsstelle die Position des Bundesgeschäftsführers inne gehabt.

Nachfolger von Hausmann wird der stellvertretende Generalsekretär der Konrad-Adenauer Stiftung, Dr. Johannes von Thadden. Er wird sein neues Amt am 1. Januar 2004 antreten.

Rot-Grün hat Wähler **getäuscht!**

Die Regierung Schröder hat die Öffentlichkeit und den Bundestag bis zur Bundestagswahl 2002 über die Situation des Bundeshaushalts, die Einhaltung der Maastricht-Kriterien sowie die Lage der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung aus wahlkampfaktischen Gründen getäuscht. Dies ist das Ergebnis der Beweisaufnahme im so genannten Lügenausschuss.

In der vergangenen Woche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Vorsitzenden des Wahllügen-Ausschusses den Entwurf eines Sondervotums zugeleitet. Grund für das Sondervotum: Die rot-grüne Mehrheit im Ausschuss will das Handeln der Koalitionspolitiker vor der Bundestagswahl 2002 decken.

Bis zur Bundestagswahl hielt Rot-Grün daran fest, dass

- es im Jahr 2002 bei einer Nettokreditaufnahme von 21,1 Mrd. Euro bleibe und Deutschland sich auf dem Weg zu einem schuldenfreien Haushalt befinde,
- das Maastricht-Defizit-Kriterium von 3 Prozent eingehalten werde,

- die Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung stabil bleiben,
- der wirtschaftliche Aufschwung bereits begonnen habe und eine Wachstumsrate von 0,75% realistisch sei.

Minister waren ab Juni 2002 informiert

Nur wenige Tage nach der Wahl wurden das gewaltige Ausmaß der Zerrüttung der Staatsfinanzen und die desolate Situation der Renten- und Krankenversicherung bekannt und von der Bundesregierung faktisch auch eingeräumt. Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass dieselben Beamten und Fachbeamtungen, die ihren Ministern zu Beginn des Jahres 2002 noch positive Berechnungen und Prognosen geliefert hatten, diese ab Ende Juni 2002 grundlegend revidierten und somit das ganze Ausmaß der finanziellen Misere der öffentlichen Haushalte und der Sozialkassen schon Wochen vor der Bundestagswahl voraussagten.

Über diese alarmierenden Erkenntnisse wurde die politische Führung in den jeweiligen Ministerien (Abtei-



P. Altmeier



J. Gebb

lungsleiter, Staatssekretäre, Minister) von den Fachbeamten entweder schriftlich oder mündlich korrekt und umfassend unterrichtet. Wider besseres Wissen hielten sie gegenüber Parlament und Öffentlichkeit an den alten, längst überholten Prognosen fest, für die es keinerlei Grundlage mehr gab und täuschten damit den Bundestag und die Öffentlichkeit. Die rot-grüne Mehrheit im Untersuchungsausschuss hat zu keiner Zeit versucht, sich an der Aufklärungsarbeit zu beteiligen. Warum auch? Sie wussten ja, dass ihre Genossen betrogen hatten. Dadurch, dass sie diese Politik unterstützten, machten sich SPD und Grüne zu Unterstützern dieses Wahlbetrugs.

Der öffentliche Teil vom Entwurf des Sondervotums kann im Internet unter <http://www.cducsu.de> abgerufen werden.

„Politik ist kein Waschmittel“

In Wolfsburg diskutierten in der vergangenen Woche hochrangige Experten zum Thema „Politisches Marketing“. Der Initiator des Diskussionsforums aus Wissenschaftlern, Politikern und Wirtschaftsfachleuten, Markus Karp, konnte zahlreiche Experten für die Veranstaltung im Wolfsburger Schloss gewinnen. Unter ihnen waren der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, sowie die beiden Wahlkampfmanager von CDU und SPD aus der vergangenen Bundestagswahl, Michael Spreng und Matthias Machnig.

„Politisches Marketing ist ein vergleichsweise neuartiger Ansatz, um die Bedürfnisse der Menschen genauer erfassen und ihnen damit besser entsprechen zu können“, erklärte Karp. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik könnten viel von einander lernen, so der Entwickler von Wulffs Besser-Kampagne.

Christian Wulff plädierte in seiner Rede dafür, dass Politik nicht zu einer einfachen Ware werden dürfe. „Politik ist eben kein Waschmittel“, so Wulff. Auch mit der besten Werbung könne man eine



schlechte Politik nicht verkaufen. Allerdings räumte er ein, dass allein mit Inhalten auch nichts zu gewinnen sei. Man solle beim Marketing den Ball flach halten und lieber arbeiten.

„Politisches Marketing hat eine zentrale Funktion in der heutigen Zeit. Leider machen sich viele Politiker erst Gedanken über das Marketing, wenn die Reputation schon tief im Keller ist“, erklärte Matthias Machnig. Wahlen würden nicht mehr wie früher auf Marktplätzen entschieden. TV-Duelle würden heute an zentraler Bedeutung gewinnen. „Ohne diese wäre sicher auch die Wahlbeteiligung geringer gewesen“, glaubt der Wahlkampfstrategie Bundeskanzler Schröder. Sein Kontrahent aus dem

vergangenen Bundestagswahlkampf erklärte, dass er sich mit dem Begriff Politisches Marketing schwer tue. „Die Nähe zum Produktmarketing stört mich dabei“, so Michael Spreng. Der Schlüsselbegriff in der Politik sei vielmehr das Produkt Authentizität.

„Man muss die Inhalte darstellen und zu einem Ergebnis führen. Heute kann von einer messbaren Schere zwischen Darstellungs- und Entscheidungspolitik gesprochen werden“, sagte Politikwissenschaftler Professor Karl-Rudolf Korte in der ersten Wolfsburger Runde. Jede Zeit brauche ein anderes Marketing. „Um Identität herzustellen muss die Präsentationsdemokratie wieder den Weg zur Repräsentationsdemokratie finden.“

„Sie wünschen wir uns!“

CDU-NRW startet Vorweihnachtstour

Der Generalsekretär der CDU-NRW, Hans-Joachim Reck, hat am 17. November die Vorweihnachtstour 2003 der CDU NRW „Sie wünschen wir uns!“ in Bochum der Öffentlichkeit vorgestellt. Bis zum 20. Dezember dieses Jahres wird das CDU-Team durch alle Landesteile ziehen. Dabei sollen vor allem neue Mitglieder für die CDU gewonnen werden.

„Die SPD haben wir bei den Mitgliedszahlen bereits abgehängt und wir wollen den Abstand weiter vergrößern.



Generalsekretär der CDU-NRW, Joachim Reck, auf Vorweihnachtstour

Das Ergebnis der Auftaktveranstaltung in Bochum übertraf dann aber alle Erwartungen. Hunderte Interessenten füllten Fragebögen aus, wollten Infomaterial haben und zeigten sich interessiert an einer Mitglied-

schaft in der CDU. Geplant sind über 60 Einsätze des professionellen Teams, das seit gestern in Fußgängerzonen und auf Weihnachts- und Wochenmärkten in ganz Nordrhein-Westfalen zu finden ist.

POLITIK IN DREI DIMENSIONEN

CDU Saar präsentiert futuristische Wahlplakate

Die CDU Saar geht mit einem neuen Konzept in die kommende Landtagswahl. So wurden kürzlich die ersten dreidimensionalen Citylight-Plakate enthüllt.

„Der Einsatz solcher Citylights ist bislang einmalig in der Wahlwerbung“, erklärte der saarländische CDU-Generalsekretär, Stephan Toscani. Die dreidimensionale Visualisierung verkörpere eine Botschaft

an die Wählerinnen und Wähler.

„Unsere Politik ist nicht eindimensional. Denn Steuern, Wirtschaftspolitik, Familienpolitik, Sozialsysteme, alles hängt miteinander zusammen. Das erfordert ganzheitliche Lösungsansätze – eben 3D in der Politik“, sagte der Generalsekretär. Für die bevorstehende Landtagswahl wolle die saarländische CDU die Kampagne von 1999 noch

übertreffen und setze deshalb auf das 3D-Konzept.“

Die 3D-Optik soll unter anderem in Kinospots, Free-Cards und Großflächenplakaten umgesetzt werden. Das 3D-Plakat zeigt Ministerpräsident Peter Müller an der Saar Schleife mit Blick ins Saartal. Durch eine spezielle Fototechnik und Reproduktion entsteht für den Betrachter ein räumlicher Eindruck.

WOLFGANG SCHÄUBLE:

„Scheitert der Westen?“ Deutschland und die neue Weltordnung

Nicht zuletzt die politische Krise um den Irak-Krieg hat gezeigt, wie tief das Zerwürfnis innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft ist. Der Riss zieht sich nicht nur durch Nato und EU, auch innerhalb der europäischen Staaten verflüchtigt sich der politische Konsens. Bei dieser Kontroverse geht es um die Frage, welche Weltordnung für das 21. Jahrhundert geschaffen werden soll.

Wolfgang Schäuble analysiert die Stellung Europas und besonders Deutschlands in einer Welt, in der der Westen, seine Traditionen, seine Wertvorstellungen zunehmend in Frage gestellt werden.



Das neue Jahrhundert birgt große Aufgaben für den Westen, für Europa, für Deutschland. Doch die Bundesrepublik und ihre Bürger können die Kraft und den Willen zur Bewältigung dieser Herausforderungen

aufbringen. Vonnöten ist ein visionäres politisches Leitbild, um die Menschen dafür zu begeistern. Wolfgang Schäuble formuliert seine Vorstellung eines starken Deutschlands und dessen verantwortungsvolle Rolle in Europa und in der Welt. Mit seinem ebenso überzeugenden wie aufrüttelnden und zugleich Mut machenden Beitrag behauptet Wolfgang Schäuble aufs Neue seinen Platz unter den wichtigsten politischen Stimmen unseres Landes.

Wolfgang Schäubles Buch „Scheitert der Westen? Deutschland und die neue Weltordnung“ ist im C. Bertelsmann Verlag erschienen.

Demographischer Wandel: Wirkung auf die Kommunen

Die neue KAS-Publikation „Weniger, älter, bunter“ (Heft 26 der Reihe „Materialien für die Arbeit vor Ort“, ISBN 3-933714-91-5) setzt die im Band 25 „Kommunale Familienpolitik“ begonnene Diskussion fort.

Der Autor Werner Schö-

nig, Privatdozent am Forschungsinstitut für Sozialpolitik der Universität Köln, beschreibt die demographische Situation in den Kommunen sowie die Folgen der Entwicklung und Handlungsmöglichkeiten. Ausgewählte Beispiele zeigen, dass neben kommunaler Fa-

milien-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturpolitik Fragen der kommunalen Wirtschaftsförderung, Finanz- und Standortentwicklung ins Zentrum rücken. Der demographische Wandel in den Kommunen wird künftig eine wichtige Schlüsselstellung einnehmen.

ROT-GRÜN STREICHT

Lehrstellen. Pünktlich zur Verabschiedung der Ausbildungsplatzabgabe auf dem SPD-Parteitag hat die Rot-Grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen angekündigt, 334 von rund 2.238 Lehrstellen an den Hochschulen in NRW zu streichen. Die Hochschulen in NRW sind der größte öffentliche Anbieter von Ausbildungsstellen mit 60 Prozent der Lehrstellen in der Landesverwaltung.

TARIFFORDERUNGEN

zu hoch. Sechs von zehn Deutschen halten laut einer Umfrage die Forderung der IG Metall nach bis zu vier Prozent mehr Lohn für überzogen. Nur gut ein Drittel der vom Meinungsforschungsinstitut NFO Infratest im Auftrag des „Spiegel“ befragten Bundesbürger finde die Tarifforderung angemessen. Selbst bei Sozialdemokraten fände die Ansicht von IG-Metall-Chef Jürgen Peters, es handele sich um einen Vorschlag „mit Augenmaß“, keine Mehrheit: 54 Prozent der SPD-Anhänger halten die Forderung ebenfalls für überzogen.

UNTERNEHMENSFLUCHT

Bei einer Erhöhung der Erbschaftsteuer würden viele Unternehmer Deutschland

verlassen. Das geht aus einer Umfrage für das Kölner Wirtschaftsmagazin „Impulse“ hervor. Wie das Blatt am Sonntag vorab berichtete, würde fast jeder dritte Unternehmer bei einer Steuererhöhung seinen Firmensitz ins Ausland verlegen. Weitere 44 Prozent erwägen, die Erbfolge vorweg zu nehmen, um Steuern am Fiskus vorbei zu schleusen. Sechs Prozent der Unternehmer würden eine Stiftung gründen.

MINDERE JOBS

zumutbar. Während in der Politik noch über die geplante Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose debattiert wird, haben sich die deutschen Berufstätigen ihr Urteil längst gebildet: Fast 85 Prozent der Beschäftigten in Deutschland sind bei der Berufs- bzw. Arbeitsplatzwahl zu Kompromissen bereit, wenn es darum geht, drohende Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Dieses Ergebnis hat eine Online-Befragung zutage gefördert, die der Internet-Stellenmarkt des weltweiten Karriere-Netzwerks Monster und das Job- und Wirtschaftsmagazin „Junge Karriere“ durchgeführt haben.

VORZIEHEN

der Steuerreformstufe umstritten. Laut ZDF-Politbarometer befürworteten 40 Prozent der Be-

fragten einen solchen Schritt nur dann, wenn er überwiegend durch Einsparungen und nicht über Schulden finanziert wird. 33 Prozent sind grundsätzlich gegen das Vorziehen auf den 1. Januar 2004. Den Vorschlag, niedrigere Steuersätze einzuführen und dafür alle Abschreibungsmöglichkeiten wie die Entfernungspauschale oder die Eigenheimzulage abzuschaffen, unterstützen laut Umfrage 54 Prozent der Befragten.

WENIGER JOBS

in Ostdeutschland. Der Verlust von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland wird sich einer neuen Studie zufolge bis 2010 weiter beschleunigen. Sämtliche Regionen in den neuen Bundesländern hätten mit einer Entwicklung der Erwerbstätigkeit zu rechnen, „die zum Teil weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt“, heißt es in einer noch nicht veröffentlichten Prognose des Dortmunder Wirtschaftsprofessors und Regionalforschers Franz-Josef Bade. Der Prognose zufolge sinkt bis 2010 der Anteil Ostdeutschlands an allen Arbeitsplätzen um rund neun Prozent. Es sei für die neuen Bundesländer der „weitere Abbau an Arbeitsplätzen ziemlich sicher“, heißt es einem Bericht der Zeit zufolge in der Prognose.

HANS RAIDEL:

Kein seriöser Vorschlag!



Zur Ankündigung von Verteidigungsminister Struck, Grundwehrdienstleistende auch im Ausland einsetzen zu wollen, erklärte der stellvertretende verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Bisher haben sich die Vorschläge von Verteidigungsminister Struck zur Zukunft der Wehrpflicht noch in einem seriösen Rahmen bewegt. Mit seinem Vorschlag, Grundwehrdienstleistende, die neun Monate bei der Bundeswehr sind, in den Auslandseinsatz zu schicken, gefährdet er diese Seriosität. Wer wie Struck die Zahl der Wehrpflichtigen drastisch absenken, sie aber gleichzeitig in immer gefährlichere Einsätze schicken will, wer Grundwehrdienstleistende und freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Lei-

stende in dieser Frage gleich behandeln will, muss dafür ein klares Ausbildungs- und Einsatzkonzept vorlegen. Darin muss in jedem Fall sichergestellt werden, dass Grundwehrdienstleistende nicht in unverantwortbare Gefahrensituationen gebracht werden.

Offensichtlich handelt es sich bei dem Vorschlag um ein Ablenkungsmanöver von dem weiter zusammengestrichenen Wehretat und der Finanznot der Bundeswehr. Struck muss einsehen, dass sich seine Reform angesichts der Finanzmisere nicht umsetzen lässt und er sein ursprünglich verfolgtes Ziel, die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten von 187.000 auf 200.000 zu steigern, aufgeben muss. Dies wäre aber dringend erforderlich, um die Leistungs- und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr im Auslandseinsatz zu sichern. Dafür aber hat Rot-Grün kein Geld, nachdem Struck von den Haushaltern seiner Koalition in der letzten Woche erneut weitere rd. 188 Mio. € gestrichen wurden.

Statt mit unausgegorenen Vorschlägen von den Problemen der Bundeswehr abzulenken, sollte Struck endlich über ein Gesamtverteidigungskonzept nachdenken, in das die Wehrpflichtigen sinnvoll eingebunden wer-

den. Die CDU/CSU hat hierzu bereits im Februar ein Dreisäulenmodell vorgeschlagen.

HARTMUT KOSCHYK
RALF GÖBEL:

Rot-Grün tut sich schwer mit dem Bundesgrenz- schutz



Zu der heutigen 2./3. Lesung der Gesetzentwürfe zur Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes im Deutschen Bundestag erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der zuständige Berichterstatter:

Lange nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Gesetzentwurf zur wirksamen Bekämpfung organisierter Schleuserkriminalität eingebracht hatte, reagierte Rot-Grün endlich und legte einen Gesetzesentwurf vor, um die Geltung der seit dem 1. September 1998 geschaffenen erweiterten Befugnisnorm, nach der der

BGS verdachtsunabhängigen grenzüberschreitenden Reiseverkehr auch auf Bahnanlagen und dem Luftverkehr dienenden Anlagen kontrollieren darf, beizubehalten. Das war dringend erforderlich, da sich diese Norm zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität bestens bewährt hat und die Befugnis am 31.12.2003 ihre Gültigkeit verlieren würde.

Der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sah ursprünglich eine Befristung auf 5 Jahre sowie eine Evaluierung unter Berücksichtigung der verstärkten grenzpolizeilichen Zusammenarbeit in Europa vor. Nachdem Bundesinnenminister Schily in der 1. Lesung des Gesetzesentwurfes ange-regt hatte, aufgrund der Sachlage nach dem Evaluierungsbericht das Gesetz unbefristet gelten zu lassen, haben wir unseren Gesetzesentwurf in einem Antrag in eine unbefristete Regelung ver-wandelt.

Rot-Grün hatte aufgrund unseres Gesetzesantrages ih-ren auf 3 Jahre befristeten Gesetzesentwurf durch einen Änderungsantrag mit einer Evaluierungspflicht nachge-bessert, bei der auch die Er-fahrungen in der Zusammen-arbeit zwischen BGS und Länderpolizeien dargelegt werden müssen.

Leider konnte sich unsere Auffassung und die des Bun-desinnenministers bei Rot-Grün nicht durchsetzen.

Rot-Grün hat unsere un-befristete Befugnisregelung bei der Ausschussberatung abgelehnt.

Das ist sehr zu bedauern, aber die CDU/CSU-Bun-destagsfraktion sieht sich zu-erst als Sachwalter des Bun-desgrenzschutzes.

Angesichts der Heraus-forderung im Zusammen-hang mit der EU-Osterweite-rung muss zumindest ge-währleistet sein, dass die Kontrollen nach § 21 Absatz 1a Bundesgrenzschutzge-setz weiter durchgeführt werden können.

GÜ N T E R K R I N G S :

Ausbildungsplatz- abgabe vernichtet Lehrstellen



**Anlässlich des Beschlusses
des SPD-Parteitagés zur
Einführung einer Ausbil-
dungsplatzabgabe erklärte**

der Vorsitzende der Jun- gen Gruppe der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion:

Die Ausbildungsplatzab-gabe der rot-grünen Koalition ist ein Marsch in die Staatswirtschaft. Sie wird keinesfalls dazu führen, dass mehr Betriebe Jugendliche ausbilden. Vielmehr werden sich die Betriebe von ihrer Verantwortung, junge Men-schen auszubilden, freikaufen. Durch die Abgabe wird nicht ein einziger neuer Aus-bildungsplatz geschaffen. Jugendliche werden es also schwerer als je zuvor haben, einen Ausbildungsplatz zu finden, wenn die Ausbildung nach den SPD-Plänen nun-mehr zur Staatsaufgabe ge-macht wird.

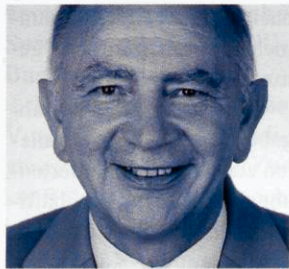
Die Ausbildungsplatzab-gabe weist traurige Paralle-len zur Schwerbehinderten-abgabe auf. Die Beschäfti-gungsquote Schwerbehin-deter liegt bei 3,8 Prozent und nicht wie mit der Ände-rung des SGB IX im Jahre 2000 vorgesehen bei 5 Pro-zent. Dies bedeutet, dass ein großer Teil der Unterneh-men es vorzieht, die Aus-gleichsabgabe zu zahlen, statt behinderte Menschen einzustellen. Ähnliches ist im Falle der Einführung ei-ner Ausbildungsplatzabga-be zu erwarten.

Nicht zuletzt ist die Aus-bildungsplatzabgabe auch

eine Ohrfeige für Wirtschaftsminister Clement und das von ihm eingeführte Ausbildungsplatz-Konsensmodell in Nordrhein-Westfalen. Ziel des Ausbildungskonsenses war es, jedem jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen, der ausgebildet werden will, einen qualifizierten Ausbildungsplatz anbieten zu können, ohne staatliche Zwangsmaßnahmen anzuwenden.

PETER GÖTZ:

Flächenverbrauch – rot-grüne Manipulation



Zur Flächenverbrauchsstatistik im Bodenschutzbericht der Bundesregierung erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Bundesregierung stiftet mit falschen Zahlen zur Zunahme des Flächenverbrauchs in Deutschland Verwirrung und behindert eine

sachliche Diskussion. Im Bodenschutzbericht stellt sie einen falschen Zusammenhang zwischen Flächenverbrauch, Bodenversiegelung und Zersiedelung her.

Die Verringerung der Bodenversiegelung ist ein wichtiges umweltpolitisches Ziel. Vom Hochwasserschutz bis zur Trinkwasserversorgung stehen Lebensgrundlagen auf dem Spiel. Darüber muss ehrlich und sachlich informiert werden und nicht falsch und irreführend, wie im Bodenschutzbericht der rot-grünen Bundesregierung.

Sie unterstellt für die alten Bundesländer zwischen 1993 und 1997 einen Anstieg des täglichen Flächenverbrauchs von 71 ha auf 89 ha. Täglich würden deutschlandweit 130 ha zusätzlich versiegelt. Diese Zahlen sind falsch, irreführend und werfen ein falsches Licht auf die kommunale Umweltpolitik. Denn der Anstieg ist im Wesentlichen auf die zunehmende Ausweisung von so genannten ökologischen Ausgleichsflächen in den Gemeinden zurückzuführen. Naturflächen, die einen sinnvollen ökologischen Ausgleich für Neubaugebiete und Verkehrsflächen bilden, werden in der Statistik unter die Kategorie „Flächenverbrauch“ eingeordnet.

Die Union fordert die

Bundesregierung auf, den Flächenverbrauch mit sachlich richtig differenzierten Zahlen zu belegen.

Ökologisch nützliche Flächen wie Privatgärten und sonstige Grünflächen dürfen nicht mit versiegelten Flächen in die Flächenverbrauchsstatistik eingehen. Wenn das wichtige und richtige Ziel der Einschränkung des Flächenverbrauchs in Deutschland Akzeptanz finden soll, muss ehrlich und fachlich korrekt mit den Zahlen umgegangen werden.

THOMAS RACHEL:

Embryonenforschung ablehnen



Zur Entscheidung des Europaparlaments, embryonale Stammzellforschung im Rahmen des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms zu fördern, erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Ethik und

Recht der modernen Medizin“:

Das Europaparlament hat heute beschlossen, die Forschung an so genannten überzähligen Embryonen mit EU-Mitteln zu unterstützen. Danach können Vorhaben gefördert werden, bei denen Embryonen zur Entnahme von Stammzellen zerstört werden. Zudem haben die Europaparlamentarier jegliche Begrenzung der Forschungsförderung durch einen Stichtag abgelehnt.

Bei dieser Entscheidung fehlt es an Respekt vor menschlichem Leben. Verbrauchende Embryonenforschung führt zur Herabstufung von menschlichem Leben zu Material und ist deshalb abzulehnen.

Zukünftig würden für Vorhaben im Rahmen der EU deutsche Steuergelder für Projekte ausgegeben werden, die nach deutschem Recht strafbar sind.

Besonders verhängnisvoll ist, dass gerade ein großer Teil der deutschen SPD-Europaabgeordneten durch ihr Abstimmungsverhalten mitverantwortlich für diesen ethischen Dammbruch sind. Wer als deutscher Abgeordneter auf diese Weise im Europaparlament votiert, will gleichzeitig das deutsche Stammzellgesetz aushebeln..

MARIA EICHHORN: Familienpolitik der Bundesregierung widerspricht Gutachten



Anlässlich der Vorstellung des Gutachtens zu einer „Zukunft mit mehr Kindern“ von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und dem Wirtschaftssachverständigen Prof. Bert Rürup erklärte die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Zentrales Ergebnis des Gutachtens „Zukunft mit mehr Kindern“ ist, dass angesichts einer alternden Gesellschaft primär in Kinder und ihre Familien investiert werden muss. Die rot-grüne Bundesregierung hat dies jedoch bislang nicht erkannt. Im Gegenteil:

Statt mehr in Familien zu investieren, hat die Bundesregierung erst vor wenigen

Wochen im Bereich Familie für nächstes Jahr mit die höchsten Einsparungen beschlossen. Knapp 70% davon sind Kürzungen beim Erziehungsgeld und gehen vor allem zu Lasten von Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen.

Damit der bestehende Kinderwunsch auch realisiert wird, müssen Eltern beim Wiedereinstieg in den Beruf unterstützt werden, so das Gutachten. Für die CDU/CSU-Fraktion ist dies selbstverständlich. In einem Antrag zur Förderung des Wiedereinstiegs in den Beruf für Frauen und Männer wurden bereits konkrete Vorschläge entwickelt. Die Bundesregierung jedoch hat bislang keine Konzepte zum leichteren Wiedereinstieg in den Beruf vorgelegt.

Unter Rot-Grün wurden die Rahmenbedingungen für eine steigende Erwerbstätigkeit in den letzten fünf Jahren aber zunehmend verschlechtert.

Das von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Gesetz über Teilzeit und befristete Arbeitsverträge, das seit 1. Januar 2001 in Kraft ist, hat sein Ziel völlig verfehlt. Es wurden weder mehr Arbeitsplätze geschaffen noch mehr flexible Arbeitszeiten für Eltern ermöglicht.



CDU-Geschenkbund

10 mm x 25 m

Bestell-Nummer: 0306

Preis je **1 Rolle: 6,10 €**
inkl. MwSt.: 7,08 €

Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie 34 x 25 mm

Bestell-Nummer: 0307

Preis je **1 Rolle: 3,80 €**
inkl. MwSt.: 4,41 €
Rolle à 100 Stück



CDU-Geschenkpapierrolle

75 cm x 10 m

Preis je **1 Rolle: 7,60 €**
inkl. MwSt.: 8,82

blau

Bestell-Nummer: 0302

rot

Bestell-Nummer: 0303



Sektflaschentasche

Preis je **25 Stück: 14,10 €**
inkl. MwSt.: 16,36 €

blau

Bestell-Nummer: 0304

rot

Bestell-Nummer: 0305



BESTELLANSCHRIFT

*arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de*

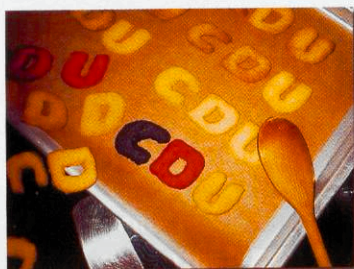


Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: 2867
 Preis je 25 Stück: 12,70 €
 inkl. MwSt.: 13,59 €

Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: 9300
 Preis je 1 Stück: 3,60 €
 inkl. MwSt.: 4,18 €



Ausstechformen-Set für CDU-Gebäck

Bestell-Nummer: 9109
 Preis je 10 Sets: 8,70 €
 inkl. MwSt.: 10,09 €



**Kerzenstumpen mit Aufdruck
 100 % Ökosteuerfrei**

Bestell-Nummer: 9700
 Preis je 24 Stück: 24,50 €
 inkl. MwSt.: 28,40 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Straßenatlas Deutschland
mit Durchfahrtsplänen der Ballungszentren

Bestell-Nummer: 9260
Preis je 10 Stück: 15,00 €
inkl. MwSt.: 17,40 €

Parkscheibe

Bestell-Nummer: 9814
Preis je 100 Stück: 28,63 €
inkl. MwSt.: 33,21 €

